

Die Linke

Kreisverband Schwalm-Eder

Kommunalwahlprogramm 2026

Eine bessere Welt beginnt vor Ort: Sozial,
antifaschistisch, klimagerecht und feministisch.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	4
In den Parlamenten und auf der Straße.....	9
Kommunen nicht länger im Stich lassen.....	10
Soziale Sicherheit.....	14
Die Würde des Menschen ist unantastbar, auch im Alter.....	15
Selbstbestimmt leben.....	17
Armutsbekämpfung.....	19
Antifaschismus ist gemeinnützig.....	21
Für eine gerechte Einwanderungsgesellschaft.....	23
Zeit für linken Feminismus.....	26
Vielfalt braucht Sicherheit.....	29
Gesundheit ist keine Ware.....	30
Für eine solidarische und wohnortnahe Gesundheitsversorgung.....	30
Medizinische Versorgung sicherstellen – Hausärzt:innen, Fachärzt:innen, Kliniken und Apotheken vor Ort erhalten.....	31
Keine Militarisierung der Gesundheitsversorgung.....	33
Menschenwürdige Pflege.....	34
Gesundheitliche Prävention, Aufklärung und den Öffentlichen Gesundheitsdienst ausbauen.....	35
Wohnen bezahlbar machen.....	36
Klimaschutz - sozial gerecht.....	38
Müllvermeidung und -entsorgung.....	42
Abrüstung ist Klimaschutz.....	43
Tierschutz.....	43
Mobilitätswende: Bus und Bahn ausbauen.....	44

Agrarwende.....47
Gerechte Bildungschancen - für alle Menschen.....49
Digitalisierung, die den Menschen dient.....51
Eine friedliche Welt ist möglich.....52

1 Vorwort

2 Liebe Wähler:innen,

3

4 unser Programm ist ein Gegenprogramm: Gegen die Politik der
5 Kürzungen und Schließungen, gegen Konkurrenz und Ausgrenzung,
6 gegen den Ausverkauf unserer Dörfer und Kleinstädte und gegen Nazis,
7 Rassismus und Sexismus. Unser Programm ist eine wirkliche Alternative
8 für eine bessere Zukunft:

9

10 Wir setzen uns ein für Krankenhäuser und Gesundheitszentren vor Ort,
11 in denen attraktive Arbeitsbedingungen herrschen und in denen es
12 genug Fachärzt:innen und gut bezahlte Krankenpfleger:innen gibt. Wir
13 kämpfen für barrierefreie Wohnungen, die auch bezahlbar sind.

14

15 Die Kinder sollten zur nächsten Schule nicht erst lange fahren. Wir
16 setzen uns ein für kurze Schulwege für unsere Kinder. Zum Schwimmen
17 lernen brauchen sie ein Schwimmbad in der Nähe. Aber oft haben die
18 Kommunen nicht genug Geld, um es zu erhalten und sogar noch eine
19 neue Rutsche zu bauen. Das wollen wir ändern. Nach der Schule sollte
20 es ein dauerhaftes Angebot in Jugendtreffs geben, die langfristig und
21 auskömmlich finanziert sind.

22

23 Wir setzen uns ein für einen kostenlosen ÖPNV. Mit vielen Verbindungen
24 und genügend Fuß- und Radwege, braucht man nicht unbedingt ein
25 Auto. Leerstehende Häuser, Läden oder Scheunen können zu offenen

26 Räumen für Vereine, ein Café oder für gemeinschaftliches Arbeiten und
27 Wohnen werden.

28

29 All das ist möglich. Ein Leben, in dem wir auch auf dem Land eine gute
30 Gesundheitsversorgung haben und in dem man mit Würde altern kann,
31 ist möglich. Ein Leben, in dem Kinder auf dem Land nicht verzichten
32 müssen, ist möglich. Ein Leben, in dem jeder Mensch die gleichen
33 Rechte hat, ist möglich. Ein Leben, das nicht die Lebensgrundlagen
34 kommender Generationen zerstört, ist möglich.

35

36 Doch dafür muss sich vieles grundlegend ändern. In den letzten Jahren
37 sind die Reichen und Mächtigen unfassbar viel reicher und mächtiger
38 geworden. Sie gehen direkt in die Ministerien und lassen Gesetze zu
39 ihrem Vorteil ändern: um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte
40 Arbeit noch schlechter zu entlohnen oder um aus der Tatsache, dass wir
41 alle Wohnungen, Strom und Gesundheitsversorgung brauchen, noch
42 höhere Gewinne zu schlagen. Unterdessen steigen die
43 Rüstungsausgaben – auf Kosten von Wohnungsbau, Gesundheit und
44 Pflege, Kitas, Schulen, Frauenhäusern, Bahn und Mobilität. Und damit
45 wir das nicht merken, versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen
46 Einige von uns zu schüren. Die Profiteure unserer ungerechten
47 Wirtschaftsordnung wollen über alles reden, nur nicht darüber, dass sie
48 das Problem sind.

49 Aber wir müssen genau darüber sprechen. Für uns ist klar: Die Spaltung
50 der Gesellschaft in Arm und Reich ist eines der größten Probleme
51 unserer Zeit. Wer nicht weiß, wie er die nächste Mieterhöhung zahlen
52 oder sein Kind unterbringen soll, dem helfen große Versprechungen

54 nicht weiter. Wer nur darauf hoffen kann, dass die Waschmaschine, das
55 Auto oder die eigene Gesundheit noch zwei Jahre durchhält, braucht
56 jetzt Veränderung.

57

58 Doch in unserem Landkreis funktioniert die öffentliche Daseinsvorsorge
59 in weiten Teilen nicht mehr. Die ehemaligen kreiseigenen Krankenhäuser
60 in Schwalmstadt, Homberg und Melsungen wurden an den Asklepios
61 Konzern verramscht. Versprochen wurde eine langfristige medizinische
62 Versorgung des Schwalm-Eder-Kreises. Nach nur 4 Jahren schloss
63 Asklepios die Klinik in Homberg. Das Melsunger Krankenhaus wurde
64 heruntergewirtschaftet und musste 2022 geschlossen werden. Mehr als
65 60 Mio. Euro kostete den Steuerzahler die Privatisierung der Schwalm-
66 Eder Kliniken. Demgegenüber weist der Asklepios Konzern eine
67 Gewinnsteigerung auf 257 Millionen Euro aus. Die realitätsfernen
68 Leistungsgruppen in der aktuellen Krankenhausreform, also spezifische
69 Kategorien von medizinischen Leistungen, verhindern die Einrichtung
70 eines intersektoralen Gesundheitszentrums in Melsungen
71 und befeuern das Kliniksterben in ländlichen Regionen.

72

73 Trotz Allem werden unsere Schulen geschlossen: In Allendorf und
74 Rengshausen sieht der Schulentwicklungsplan gegen den
75 ausdrücklichen Wunsch der Eltern und Einwohner:innen die Schließung
76 vor. In Felsberg sollte der wertvolle Mädchentreff zwecks Einsparung
77 von 2.500 € geschlossen werden.

78

79 Bankfilialen in Gilserberg, Schrecksbach, Melsungen und Oberaula
80 wurden geschlossen, die Bankautomaten in Gensungen abgebaut.

81 Der Vorstandsvorsitzende gönnt sich derweil ein Gehalt von 408.000€
82 im Jahr.

83

84 Der Müll wurde häufig nicht mehr abgeholt. Der neue Anbieter PreZero
85 gehört zur Schwarz Gruppe, dessen Besitzer sein Privatvermögen auf
86 47,3 Milliarden Euro gesteigert hat, während wir nicht mehr wissen,
87 wohin mit dem Müll.

88

89 Auch der Glasfaserausbau stockt und verläuft vielerorts nicht
90 fachgerecht. Die A49 sorgt an mehreren Stellen für eine deutlich erhöhte
91 Lärmbelastung und führt zur Versiegelung wertvoller Ackerflächen durch
92 die Ansiedlung von Logistikbetrieben mit voraussichtlich schlechten
93 Arbeitsbedingungen. Barrierefreier Wohnraum für alters- und
94 behindertengerechtes Wohnen ist Mangelware.

95

96 Eine jahrzehntelang verfehlte Politik zeigt ihre Spuren. 24% der
97 Wähler:innen im Kreis wenden sich einer rechtsextremen Partei zu. Wir
98 treten der Ablehnung von als fremd und unbekannt wahrgenommenen
99 Menschen entschieden entgegen – Rassismus, Queerfeindlichkeit und
100 anderen Formen der Diskriminierung muss überall entschieden begegnet
101 werden. Zu leicht kann sie in Abwertung, Ausgrenzung und Gewalt
102 umschlagen.

103

104 Schon jetzt lässt sich dabei vom Zusammenleben in den Dörfern einiges
105 lernen. Einander uneigennützig zu helfen, wenn die Oma krank wird oder
106 der Papa einen Unfall hatte. Arbeit zu finden für diejenigen, die ohne
107 Unterstützung keine gefunden hätten. Fahrgemeinschaften für die

108 Kinder zum nächsten Fußballtraining. All das sind Keimformen
109 solidarischen Zusammenlebens, die wir stärken wollen. Unseren Beitrag
110 leisten wir dabei u.a. mit der kostenlosen Sozialsprechstunde, z.B. in
111 unserem treysaer Büro. Hier helfen wir Menschen mit Behördengängen,
112 dem Ausfüllen von Formularen und vielen weiteren alltäglichen
113 Problemen des Lebens.

114

115 Für uns Linke ist klar: Wir stehen bedingungslos an der Seite der
116 arbeitenden Menschen und all derer, denen das Geld kaum zum Leben
117 reicht und die keine Lobby haben. Kurz: an der Seite der Mehrheit dieser
118 Gesellschaft. An ihren Prioritäten richten wir unsere Politik aus.

119

120 Wir sind überzeugt, dass es eine Partei braucht, die eine laute Stimme
121 für diejenigen ist, die sonst niemand hört. Die den Finger in die Wunde
122 legt und die Ungleichheit aufzeigt. Wir glauben, dass mehr möglich ist.
123 Dass das noch nicht alles gewesen sein kann. Wir glauben, dass der
124 Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und die Demokratie es
125 wert ist, verteidigt zu werden. Wir kämpfen für den demokratischen
126 Sozialismus.

127

128 Allein sind wir den Reichen und Mächtigen ausgeliefert, aber gemeinsam
129 können wir uns wehren. Deswegen müssen wir uns zusammenschließen
130 und gemeinsam für unsere Anliegen eintreten.

131 Unsere Leitlinie heißt: **Wir gemeinsam gegen die da oben.**

132 In den Parlamenten 133 und auf der Straße

134

135 Die Arbeit in den kommunalen Parlamenten eröffnet für uns neue
136 Möglichkeiten politischen Wirkens. Damit Abgeordnete sich nicht
137 lediglich in parlamentarischen Abläufen einnisten und damit den Bezug
138 zu ihren Wähler:innen verlieren, wollen wir den engen Kontakt zu
139 außerparlamentarischen Bewegungen und Wähler:innen weiterhin
140 intensiv pflegen. So tragen wir außerparlamentarische Kämpfe in die
141 Parlamente.

142

143 Das ist uns in der Vergangenheit gut gelungen z.B. bei der
144 Arbeitsloseninitiative, der Bürgerinitiative Melsunger Klinik voranbringen,
145 der Fahrradinitiative R12, der Initiative „Schwalm ohne Autobahn“
146 „Lärmschutz an der A49“, gemeinsam mit „Fridays for Future“ oder dem
147 CSD Schwalm-Eder. Dies fruchtbaren Verbindungen von
148 parlamentarischer Arbeit in Verbindung mit den Bürgerbewegungen
149 werden wir auch in Zukunft fortsetzen.

150 Kommunen nicht 151 länger im Stich lassen

152 Viele Kommunen leiden unter chronischer Unterfinanzierung. Dies führt
153 dazu, dass sie die Verhältnisse vor Ort nicht mehr aktiv gestalten bzw.
154 die Bedürfnisse der Bürger:innen vor Ort nicht mehr ausreichend
155 bedienen können. Ihre Handlungsfähigkeit ist entsprechend stark
156 eingeschränkt. Es wird nur noch Mangel verwaltet.

157

158 Nun verkauft die Bundesregierung das Sondervermögen als Meilenstein
159 in Sachen Infrastruktur-Investitionen, aber bei den Städten und
160 Gemeinden wird davon voraussichtlich kaum etwas bzw. viel zu wenig
161 ankommen. Die jahrzehntelange strukturelle Unterfinanzierung der
162 Kommunen wird weiter nicht wirkungsvoll angegangen.

163

164 Während für Milliarden Euro an Aufrüstung die sogenannte
165 Schuldenbremse gelockert wird, lässt die Bundesregierung die
166 Kommunen weiter im Regen stehen, indem sie ihnen immer mehr
167 Aufgaben zuweist, aber nicht für eine ausreichende Finanzierung sorgt.

168

169 Die Schuldenbremse wird nur dann infrage gestellt, wenn es um Rüstung
170 geht – für soziale Gerechtigkeit und öffentliche Daseinsvorsorge bleibt
171 sie aber unangetastet. Das zeigt, wessen Interessen hier tatsächlich
172 vertreten werden – und es sind nicht die der breiten Bevölkerung.

173

174 Bereits eine geringe Vermögenssteuer für Millionäre und Milliardäre
175 könnte jährlich 108 Milliarden Euro einbringen. Davon würden vor allem
176 die Länder und damit die Kommunen profitieren. Doch CDU und SPD
177 weigern sich, große Vermögen fair zu besteuern, während die
178 Kommunen mit ihrer Schuldenlast kämpfen.

179

180 Die Kommunen müssen endlich wieder in die Lage versetzt werden, ihre
181 Aufgaben finanziell erfüllen zu können: Kindertagesstätten und Schulen,
182 der öffentliche Nahverkehr und die Wasserversorgung, Kultur und Sport,
183 Feuerwehr und Rettungsdienst, Straßen und Radwege,
184 Gesundheitsversorgung und vieles mehr gehören in den
185 Aufgabenbereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

186

187 Verantwortlich für die bisherigen Fehlentwicklungen ist hauptsächlich
188 die Bundespolitik. Diverse Bundesregierungen haben den Kommunen
189 Aufgaben übertragen bzw. erweitert, ohne deren Finanzierung
190 sicherzustellen. Wir sind daher für eine strikte Einhaltung der sog.
191 Konnexität, d.h. wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.

192

193 Die Linke fordert eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der
194 Kommunen. Laufende Bundesprogramme müssen verstetigt und dem
195 Bedarf entsprechend angepasst werden. Auch die Förderkriterien
196 müssen auf den Prüfstand. Sollen finanzschwache Kommunen von
197 Bundesprogrammen profitieren, müssen die Eigenanteile für sie
198 gestrichen werden.

199

200 Um die Kommunalfinanzen auch langfristig auf solide Beine zu stellen,
201 sind weitere, weitreichendere Maßnahmen notwendig. So muss der
202 kommunale Einnahmeanteil am Gesamtsteueraufkommen von zurzeit
203 rund 13 Prozent angehoben werden.

204

205 Daneben müssen die eigenen kommunalen Einnahmen höher und
206 verlässlicher ausfallen. Die derzeit wichtigste kommunale
207 Steuereinnahmequelle ist die Gewerbesteuer. Wir wollen sie zu einer
208 Gemeindewirtschaftsteuer weiterentwickeln, um die Einnahmeseite der
209 Kommunen zu verbessern. Dafür müssen die Bemessungsgrundlage
210 erweitert und, wie vom Deutschen Städte- und Gemeindebund
211 gefordert, freie Berufe einbezogen werden.

212

213 Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist zu sichern, zu fördern
214 und zu verbessern, da sie ein wichtiger Bestandteil der kommunalen
215 Finanzen ist. Statt Aufgaben in die Privatwirtschaft zu verlagern, müssen
216 Kommunale Unternehmen sowie deren Gründungen daher seitens des
217 Bundes gefördert werden, vornehmlich in Organisationsformen des
218 öffentlichen Rechts (Regiebetriebe, Eigenbetriebe, Anstalten
219 öffentlichen Rechts). Vorhandene Einschränkungen müssen abgebaut,
220 interkommunale Zusammenarbeit zum Vorbild und im Bereich der
221 kommunalen Daseinsvorsorge eine Präferenz zugunsten der öffentlichen
222 Hand erreicht werden.

223

224 Soziale und ökologische Kriterien müssen für kommunale Unternehmen
225 selbstverständlich werden. Diese Maßnahmen fördern nicht nur
226 regionale Wirtschafts- und Finanzkreisläufe und schaffen Arbeitsplätze

227 in den Kommunen, sie sorgen auch dafür, dass vor Ort erwirtschaftetes
228 Geld nicht abfließen, sondern den Menschen vor Ort zu Gute kommen
229 kann. Dies stärkt in vielerlei Hinsicht die Einnahmeseite der Kommunen.
230 Zudem vergeben kommunale Betriebe in öffentlicher Hand Aufträge eher
231 an Unternehmen in der Region. Damit profitiert auch die private
232 Wirtschaft.

233

234 Zusätzlich muss die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen durch
235 eine Gemeindefinanzreform sichergestellt werden. Seit vielen Jahren
236 versprechen Bund und Länder eine solche Gemeindefinanzreform -
237 passiert ist bislang jedoch nichts. Die Linke fordert daher eine
238 Gemeindefinanzreform, die 100-prozentige Anrechnung der kommunalen
239 Finanzkraft im Länderfinanzausgleich und einen Altschuldenfonds für
240 überschuldete Kommunen. Außerdem will Die Linke die Übernahme von
241 100 Prozent der Kosten der Unterkunft durch den Bund und einen
242 Solidarpakt III für strukturschwache Regionen, zu denen auch der
243 Schwalm-Eder-Kreis gehört.

244

245 Das Investitionspotential der Kommunen muss stärker ausgeschöpft
246 werden. Dafür können interkommunal agierende Fördergeldmanager
247 einen wichtigen Beitrag leisten, um Fördermöglichkeiten voll
248 auszuschöpfen und nicht ungenutzt verfallen zu lassen.

249

250 Sowohl in der Planung als auch bei der Einstellung von Geldern müssen
251 die Bedürfnisse der Geschlechter gleich gewichtet werden.

252

253 Wir fordern die geschlechterspezifische Bewertung der Haushaltspolitik,
254 d. h. die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in alle Ebenen des
255 Haushaltsverfahrens und die Umstrukturierung der Ausgaben und
256 Einnahmen mit Blick auf die Förderung der Geschlechtergleichstellung.

257 Soziale Sicherheit

258 Im Mittelpunkt unseres Engagements steht der Mensch. Insbesondere
259 wollen wir diejenigen unterstützen, die auf Hilfe angewiesen sind. Dazu
260 gehören von Armut bedrohte und betroffene Menschen, Menschen mit
261 Beeinträchtigungen, genauso, wie Kinder und Jugendliche sowie ältere
262 Menschen und Angehörige benachteiligter Gruppen.

263

264 Unser Ziel ist es, eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, in der sich alle
265 Menschen wohlfühlen und diejenigen Unterstützung erhalten, die sie
266 brauchen. Gemeinsam möchten wir den Schwalm-Eder-Kreis zu einem
267 Ort machen, in dem soziale Gerechtigkeit und Solidarität
268 großgeschrieben werden.

269

270 So wie in vielen anderen Landkreisen ist auch im Haushalt des Schwalm-
271 Eder-Kreises der größte Posten. Daher ist es umso wichtiger, dass hier in
272 Zeiten leerer Kassen nicht der Rotstift angesetzt wird.

273

274 Gerade die Kinder- und Jugendhilfe ist ein essenzieller Bestandteil der
275 kommunalen Sozialpolitik. Die Linke setzt sich für ein finanziell und
276 personell gut ausgestattetes Jugendamt ein. Denn die Aufgaben der
277 Jugendämter sind vielfältig und reichen von Kinderschutz über

278 Gewaltprävention bis hin zu Erziehungsberatung, Jugendhilfe und vielem
279 mehr. Wichtig ist hierbei, dass Präventions- und Beratungsangebote
280 erhalten und ausgebaut werden sowie eine strukturelle Verzahnung der
281 Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Jugendhilfe in Verbindung mit
282 dem Ausbau entsprechender Angebote.

283

284 Wir kämpfen für Kinder- und Jugendzentren, kostenlose Freizeit- Kultur-,
285 Bildungs- und Sportangebote sowie Ferienprogramme und
286 Vergleichbares, weil diese eine gesunde Entwicklung, Bildung und
287 Integration ermöglichen, was allen Kindern und Jugendlichen im
288 Schwalm-Eder-Kreis zugänglich sein sollte.

289

290 Auch die politische Beteiligung von jungen Menschen muss ausgebaut
291 werden. Wir unterstützen mehr Kinder- und Jugendräte auf kommunaler
292 Ebene mit Vertretungsrecht in den örtlichen Parlamenten und deren
293 Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen
294 Entscheidungen mit Stimm- und Rederecht.

295

296 Eine ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung kultureller
297 Jugendinitiativen wie z.B. kostenlose Probe- und Versammlungsräume
298 sowie gebührenfreien Zugang zu technischem Equipment muss ebenso
299 gewährleistet sein.

300 **Die Würde des Menschen ist unantastbar, auch im Alter**

301 Diese Angebote sind Teil einer sozialen Infrastruktur, die auch
302 Maßnahmen zur Förderung des selbstständigen Lebens im Alter
303 umfasst.

304 Im Alter sind viele Menschen besonders auf Unterstützung angewiesen.
305 Dabei geht es nicht nur um finanzielle Leistungen, sondern auch um
306 altersgerechte Beratungs-, Kultur- und Freizeitangebote. Wir setzen uns
307 für eine neue Kultur des Alterns in dieser Gesellschaft ein. Es geht um
308 selbstbestimmtes Altern in Würde, ohne Diskriminierung, Armut und
309 Abstiegsängste. Senior:innen müssen in allen gesellschaftlichen
310 Bereichen gleichberechtigt teilhaben können.

311

312 Auf Kreisebene setzt sich Die Linke Schwalm-Eder daher unter anderem
313 für eine Stärkung des Pflegestützpunktes sowie der Gemeindepflege
314 und eine auskömmliche Finanzierung der örtlichen Gemeinwesenarbeit
315 ein. Denn ein gutes Leben im Schwalm-Eder-Kreis beinhaltet für uns
316 auch der sozialen Isolation, die das Altsein auch immer mehr auf dem
317 Land mit sich bringt, entgegenzuwirken.

318

319 Hier setzt auch unsere Forderung an, dass Wohnprojekte für
320 Senior:innen-Wohngemeinschaften sowie Mehrgenerationenhäuser
321 gefördert werden müssen. Entscheidend ist hierbei der bedarfsgerechte,
322 barrierefreie Bau und Ausbau von Wohnformen, die selbstständiges
323 Wohnen bei körperlichen Einschränkungen möglich machen. Teil davon
324 ist auch die Forderung nach barrierefreien und gut ausgeleuchteten
325 Fußwegen.

326

327 Unter anderem damit setzen wir uns für die Einrichtung
328 flächendeckender, niedrighwelliger und bedarfsgerechter
329 Nahversorgungsangebote ein, die eine selbstständige Lebensführung im

330 Alter unterstützen und den Menschen ermöglichen auch im Alter in der
331 Heimatkommune bleiben zu können.

332 **Selbstbestimmt leben**

333 Menschen mit Behinderung sind nach wie vor in vielen Lebensbereichen
334 benachteiligt. 2023 wurde Deutschland von der UN auf die Umsetzung
335 der UN- Behindertenrechtskonvention geprüft und für die vielen
336 Sonderstrukturen für Menschen mit Behinderungen kritisiert: in der
337 schulischen Bildung, bei der Beschäftigung in Werkstätten oder bei der
338 Unterbringung in großen stationären Wohneinrichtungen. Das darf nicht
339 sein und verstößt gegen die Menschenwürde und damit gegen das
340 Grundgesetz. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen an allen
341 Aspekten des Lebens selbstverständlich teilhaben können.

342

343 Der Begriff „Inklusion“ wird oft auf Bildung beschränkt oder für
344 Einsparungen missbraucht. Für Die Linke ist der Begriff der
345 Gegenentwurf zu sozialer Spaltung, Ausgrenzung, Hass und der
346 Abwertung von Menschen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle
347 Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen
348 Entscheidungen teilhaben können – unabhängig von ihren individuellen
349 Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen
350 Stellung, ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung.

351

352 Gegen die Pläne der aktuellen Bundesregierung bei der
353 Eingliederungshilfe Einsparungen vorzunehmen, fordern wir, dass die
354 Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen stärker
355 berücksichtigt werden. Die finanzielle Situation des
356 Landeswohlfahrtsverbands (LWV) Hessen ist deutlich angespannt.

357 Das darf nicht zur Kürzung von Leistungen führen, sondern muss eine
358 bessere finanzielle Ausstattung des LWV zur Folge haben. Auch die Rolle
359 der „Behindertenbeauftragten“ bei Projekten des Landkreises muss
360 gestärkt werden. Außerdem müssen themenspezifisch fachkundige
361 Dritte wie beispielsweise der Gemeindepsychiatrische Verbund
362 Schwalm-Eder Gehör finden.

363

364 Um Teilhabe zu ermöglichen, fordern wir Barrierefreiheit in Sprache,
365 Verwaltung, Verkehr und Institutionen. Die öffentliche Verwaltung muss
366 hier mit gutem Beispiel voran gehen und barrierefrei und transparent
367 werden - vom Formularwesen über die Webseite bis zum Gebäude. Auch
368 alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen
369 müssen bei Bedarfen barrierefrei zugänglich sein.

370 Hierzu gehören weiterhin die Forderung nach umfassender
371 Barrierefreiheit bei der Durchführung von Wahlen und die systematische
372 Verbesserung öffentlicher Gebäude in Bezug auf Barrierefreiheit unter
373 Einbeziehung von Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit
374 Behinderungen. Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen
375 Gebäuden müssen ohne Ausnahme barrierefrei geschehen.

376

377 Zur Förderung von Akzeptanz, Achtung ihrer Rechte und Würde sowie
378 dem Verständnis für Menschen mit Behinderung ist es wichtig, deren
379 Perspektive deutlich zu machen. Darum unterstützen wir entsprechende
380 Initiativen und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen auf allen Ebenen der
381 Gesellschaft.

382

383 Mobilität, Bildung und Arbeit sind weitere wichtige Aspekte von Teilhabe.
384 Deshalb sind wir für einen beschleunigten barrierefreien Ausbau der
385 Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs hin zur Barrierefreiheit sowie
386 für die Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere
387 Sach- und Personalausstattung sowie die Schaffung von mehr Arbeits-
388 und Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderung.

389 **Armutsbekämpfung**

390 Armut ist kein unveränderbares Schicksal. Sie ist Ausdruck
391 gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen ein kleiner Teil der Gesellschaft
392 sich einen ständig wachsenden Reichtum aneignet. Dadurch wird die
393 Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer. Diese Entwicklung ist jedoch
394 entgegen der herrschenden Propaganda keineswegs selbst verschuldet.
395 Die Ursache liegt in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, in dem
396 die Prekarisierung immer weiter zunimmt. Damit sind z.B. eine stetige
397 Zunahme an mangelnder Arbeitsplatzsicherheit, niedrige Löhne,
398 befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitbeschäftigung und mangelnder
399 Kündigungsschutz gemeint. Diese Arbeits- und Lebensverhältnisse
400 bieten immer weniger Menschen eine lebenswerte Perspektive.

401

402 Die Linke Schwalm-Eder setzt sich dafür ein, die gesetzlichen
403 Spielräume bspw. bei der Grundsicherung voll auszuschöpfen, damit
404 Menschen die z.B. von Altersarmut betroffen sind, best möglichst
405 unterstützt werden können. Denn steigende Lebenshaltungskosten
406 belasten auch die Menschen im Schwalm-Eder-Kreis. Konkret
407 unterstützen wir bereits mit unserer regelmäßig stattfindenden
408 Sozialsprechstunde Menschen, z.B. beim Ausfüllen von Anträgen oder
409 begleiten Sie bei Bedarf zu Ämtern.

410 Wir fordern, dass der Landkreis sich für das flächendeckende
411 Vorhandensein eines Sozialpasses einsetzt, der vergünstigte
412 Eintrittspreise z.B. für Fahrscheine oder kulturelle Veranstaltungen im
413 Kreis gewährt, um auch Menschen mit wenig Geld die Teilhabe an
414 diesen Angeboten zu ermöglichen. Außerdem setzen wir uns für den
415 Erhalt kommunaler Schwimmbäder mit niedrigen Preisen und kostenfrei
416 nutzbare Sportstätten ein.

417

418 Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit ist bedingungslos abzuschaffen. Bei
419 vorübergehender Wohnungslosigkeit müssen in ausreichendem Umfang
420 menschenwürdige und kostenlose Schlafgelegenheiten zur Verfügung
421 gestellt werden.

422

423 Eine verbesserte öffentliche Daseinsvorsorge sowie der Ausbau
424 kommunaler Einrichtungen und Dienstleistungen erfordern einen
425 entschiedenen Kurswechsel in der kommunalen Arbeitsmarkt- und
426 Beschäftigungspolitik.

427

428 Ausgeschriebene Stellen müssen mit den entsprechenden Fachkräften
429 besetzt und Stellen im Öffentlichen Dienst bedarfsorientiert geschaffen
430 werden.

431 Antifaschismus ist 432 gemeinnützig

433 Linke Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, rechten Organisationen den
434 Nährboden zu entziehen. Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder
435 haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte Parteien und
436 Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus.

437

438 Rechtsextreme versuchen sich als „Beschützer der Deutschen“
439 insbesondere der „deutschen Frauen“ im öffentlichen Raum zu
440 etablieren. Sie greifen bestehende Ressentiments und antieuropäische
441 Stimmungen auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus
442 den Weg zu bahnen. Die Linke unterstützt den antifaschistischen
443 Widerstand.

444

445 Die Linke begreift Antifaschismus als eine ihrer zentralen Aufgaben und
446 arbeitet niemals mit Rassist:innen, Rechtspopulist:innen und
447 Faschist:innen zusammen. Wir lassen rassistische,
448 menschenverachtende und herabwürdigende Äußerungen nicht
449 unwiderrprochen stehen, sondern widersetzen uns. Gegen Hate Speech
450 und rechte Gewalttaten gehen wir konsequent vor. Dabei dürfen rechte
451 Tatmotive durch Strafverfolgungsbehörden nicht verschleiert werden.
452 Für Opfer rechter Gewalt braucht es flächendeckende Informations- und
453 Beratungsangebote.

454

455 Wir stellen uns der Diffamierung oder Kriminalisierung antifaschistischer
456 Initiativen entgegen. Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für
457 zahlreiche Menschen in den Kommunen.

458

459 Eine der zentralen politischen Aufgaben einer sozialistischen Partei ist
460 die Bekämpfung rechtsextremer und rechtsterroristischer
461 Gruppierungen, Parteien und Netzwerke. Sie verbreiten Furcht und
462 Gewalt und behindern emanzipatorische gesellschaftliche
463 Entwicklungen.

464

465 Wir brauchen breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den
466 Weg stellen. Deshalb haben wir kreisweit alle Demonstrationen für
467 Demokratie und gegen den Rechtsextremismus mit unserer Beteiligung
468 unterstützt und werden dies auch weiterhin tun.

469

470 Da meist weder die bürgerlichen Parteien noch die Polizei oder der
471 Verfassungsschutz ernsthaft gegen die Bedrohung durch die Rechten
472 vorgehen, ist es Aufgabe der gesellschaftlichen Linken entschiedenen
473 Widerstand und Selbstschutz zu organisieren.

474

475 Erinnerungskultur ist antifaschistische Bildung. Die Verbrechen des
476 Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den
477 Kampf gegen Rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeugen immer
478 weniger werden, sind Orte des Erinnerns und kulturelle Beiträge der
479 Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

480

481

482 **Wir setzen uns ein für**

- 483 • die Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“ für die Opfer des
- 484 Faschismus
- 485 • die Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten, wie
- 486 den Gedenkstätte Trutzhain und Breitenau
- 487 • Ausstellungen zur Erinnerungskultur in Museen, Rathäusern und
- 488 anderen öffentlichen Gebäuden,
- 489 • Aufführungen von entsprechenden Theaterstücken (z.B. bringt das
- 490 Staatstheater Kassel den NSU-Prozess auf die Bühne),
- 491 • Förderung von Multimedia-Projekten, wie (Kurz-)Filmen,
- 492 Internetseiten, Social-Media-Accounts, etc. zur Erinnerungskultur.

493 **Für eine gerechte Einwanderungsgesellschaft**

494 Wir setzen uns ein für eine Integration, die menschenrechtskonform,
495 solidarisch und antidiskriminierend ist. Die Rechte von Geflüchteten
496 dürfen nicht gegen die anderer Menschen gestellt werden. Kein Mensch
497 ist illegal!

498

499 Wir setzen uns für den Beitritt von Kommunen zum Bündnis „Sicherer
500 Häfen“ ein. Gemeinden sollten ihre Unterstützung für die zivile
501 Seenotrettung erklären und Unterbringung von aus Seenot geretteten
502 Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote anbieten.

503

504 Wir wollen eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung für
505 Geflüchtete. Dafür müssen alle kommunalen Spielräume genutzt werden.
506 Für kommunale Gemeinschaftsunterkünfte braucht es verbindliche
507 Mindeststandards und Gewaltschutzkonzepte.

508 Immobilienhaie, die vor allem mit Schrottimmobilien auf die Ausbeutung
509 von Neuzugewanderten abzielen, wollen wir bekämpfen.

510

511 Geflüchteten und Einwander:innen muss sofort nach ihrer Ankunft
512 ermöglicht werden, Sprach- und Integrationskurse zu absolvieren.
513 Willkommens- und Intensivklassen müssen ausgebaut werden. Die
514 Integration von Geflüchteten muss am ersten Tag ihrer Ankunft
515 beginnen.

516

517 Wir fordern eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulbedarf für
518 alle Kinder. Hessen braucht mehr Lehrer:innen für Deutsch als
519 Zweitsprache, Integrationslehrer:innen, Schulsozialarbeiter:innen,
520 Schulgesundheitsfachkräfte und psychologische Beratungskräfte.
521 Geflüchtete Schüler:innen müssen schnellstmöglich in das
522 Regelschulsystem integriert werden. Zusätzlich braucht es vermehrte
523 Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer
524 berufsbildenden Schule auch für Geflüchtete, die nicht mehr der
525 allgemeinen Schulpflicht unterliegen.

526

527 Wir wollen Antidiskriminierungs- und Beratungsstellen zur
528 Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen Regelsysteme und
529 zur Arbeitsmarktintegration mit herkunftssprachlichen Berater:innen
530 schaffen. Dolmetscher:innen für Behördengänge sollten kommunal
531 finanziert werden.

532

533 Die Selbstorganisationen von Migrant:innen wollen wir fördern und
534 Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die Politik der
535 Kommunen einbeziehen.

536

537 Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Kommune alle rechtlichen
538 Spielräume nutzt, um Abschiebungen zu verhindern. Die Kommunen
539 sollen ein von den Ausländerbehörden unabhängiges Beratungsangebot
540 für von Abschiebung Bedrohten vorhalten. Insbesondere Abschiebungen
541 in Kriegsgebiete stellen schwere Menschenrechtsverletzungen dar und
542 müssen unbedingt unterlassen werden.

543 Zur beruflichen Integration unterstützen wir die Einführung anonymer
544 Bewerbungsverfahren für alle Stellen bei kommunalen Arbeitgebern und
545 die Auftragsvergabe an Unternehmen, die ebenfalls anonyme
546 Bewerbungsverfahren durchführen. Die Verwaltung muss interkulturell
547 geöffnet und ihre dahingehenden Kompetenzen gestärkt werden.

548

549 Die Zwangsunterbringung in entpersönlichenden
550 Gemeinschaftsunterkünften, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit
551 und sozialrechtliche Diskriminierungen lehnen wir ab.

552

553 Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer
554 Menschen. Viele Menschen in Deutschland müssen in Armut leben, sind
555 auf Bürgergeld angewiesen, arbeiten in schlecht bezahlten Jobs oder
556 müssen Aufstockerleistungen beantragen, weil der Lohn zum Leben
557 nicht reicht. Sie hätten nicht einen Euro mehr in der Tasche, wenn
558 niemand mehr flüchten würde.

559 Die Ursache für Sozialkürzungen, Unsicherheit und prekäre
560 Beschäftigung ist eine verfehlte Politik, die nur den Reichen nutzt. Statt
561 uns gegeneinander ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür
562 streiten, dass es ALLEN besser geht.

563 **Zeit für linken**

564 **Feminismus**

565 Frauen* und queere Menschen haben in den vergangenen
566 Jahrhunderten viel in Bezug auf Gleichstellung in der Gesellschaft
567 erreicht. Aber in Zeiten himmelschreiender sozialer Ungerechtigkeit,
568 erstarkender rechter Kräfte und zunehmender Militarisierung bleibt viel
569 zu tun. Und: Macht und Geld sind noch immer fest in den Händen der
570 Männer. Die Revolution der Geschlechterverhältnisse ist unvollendet. Wir
571 müssen und werden sie weiter voranbringen. Wir streiten für
572 Gleichstellung, damit Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht
573 gleich viel verdienen, gleiche Entwicklungsmöglichkeiten haben, sich zu
574 Hause die Arbeit gerecht aufteilen und Erniedrigung und Gewalt ein
575 Ende haben. Geschlechtergerechtigkeit heißt Befreiung für alle von den
576 kapitalistisch-patriarchalen Fesseln. Das ist linker Feminismus.

577

578 Daher fordert die Die Linke Schwalm-Eder, dass der Schwalm-Eder-Kreis
579 die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern
580 auf lokaler und regionaler Ebene unterzeichnet.

581

582 Zuallererst müssen Frauen* und FLINTA*-Personen sicher vor Gewalt
583 sein. Einen Schutzraum für Frauen* bieten hier Frauen*häuser. Diese
584 haben die Aufgabe von Gewalt und Missbrauch betroffenen Frauen*
585 (und ggf. deren Kindern) Schutz und Unterstützung anzubieten. Ein
586 Frauen*haus ist ein sicherer Ort mit Mitarbeiter:innen, die den
587 Betroffenen dabei helfen, ihre Situation zu bewältigen, auch durch
588 konkrete Beratungs- und Unterstützungsangebote. Die Linke setzt sich
589 daher für den Erhalt und die Förderung des Frauen*hauses im Schwalm-
590 Eder-Kreis ein. Die Linke Schwalm-Eder hat sich auch eingesetzt für den
591 Erhalt des Mädchentreffs in Felsberg und wird sich auch weiter für
592 dessen Fortbestand einsetzen.

593

594 Die Linke setzt sich für eine geschlechtergerechte Planung, Verteilung
595 und Kontrolle von Haushaltsmitteln ein. Dazu gehört die Prüfung,
596 inwieweit kommunale Ausgaben und Einnahmen die unterschiedlichen
597 Geschlechter betreffen. Dies betrifft verschiedenste Bereiche, wie z.B.
598 Kita-Plätze und Angebot für Senior:innen, aber auch die
599 Verkehrsplanung.

600

601 Um möglichst viele Bedarfe erkennen zu können, ist es hierbei wichtig,
602 dass alle Geschlechter in die Haushaltsplanung miteinbezogen werden.
603 Die Budgets sollen möglichst so gesteuert werden, dass sie gezielt die
604 Gleichstellung fördern. Das könnte z.B. bedeuten, dass bei Planungen
605 der Infrastruktur eine bessere Straßenbeleuchtung an Orten mit
606 erhöhtem Belästigungsrisiko mitbedacht wird oder die Ausgabe
607 kostenfreier Hygiene- und Verhütungsmittel, besonders für Menschen
608 mit geringen finanziellen Möglichkeiten. Menstruationsprodukte müssen

609 in allen öffentlichen Gebäuden im Schwalm-Eder-Kreis kostenfrei
610 bereitgestellt werden.

611

612 Dabei fordern wir, dass der Kreis offenlegt, wie Gelder
613 geschlechtergerecht eingesetzt werden und welche Wirkung sich daraus
614 ergeben soll.

615

616 Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die gleichwertige Sichtbarkeit aller
617 Geschlechter in der Politik. Dabei machen wir uns für eine aktive
618 Förderung der Einbindung von Frauen* und FLINTA*-Personen in
619 kommunalen Gremien stark. Hierbei spielt auch ein paritätischer
620 Frauen*anteil in der Verwaltung, im Gemeinderat und in den sonstigen
621 Entscheidungsgremien der Kommunen (z.B. Aufsichtsräte in
622 kommunalen Betrieben) eine entscheidende Rolle. Um das zu
623 gewährleisten, plädieren wir für eine Anpassung der Sitzungszeiten
624 kommunaler Gremien an Menschen, die Care- und Sorgearbeit leisten,
625 ggf. in Kombination mit digitalen Formaten, sowie die Einführung
626 kostenfreier und unbürokratischer Kinderbetreuung während
627 kommunaler Gremiensitzungen.

628

629 Zusätzlich wollen wir eine Prüfung von Parlamentsinitiativen auf ihre
630 Auswirkungen auf alle Geschlechter, insbesondere (mehrfach)
631 benachteiligte Gruppen.

632

633 Der Einfluss der Frauen*- und Gleichstellungsbeauftragten muss
634 gestärkt werden, sodass Benachteiligungen abgebaut und die
635 Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird.

636 Vielfalt braucht 637 Sicherheit

638 Wir setzen uns für eine vielfältige Gesellschaft ein, in der alle Menschen
639 nach ihren Bedürfnissen leben und lieben können – auch lesbische,
640 schwule, bisexuelle, trans:, inter: und alle anderen. Ohne Angst vor
641 Armut, Ausgrenzung oder Gewalt. Die Selbstbestimmung jedes
642 Menschen ist für uns nicht verhandelbar.

643

644 Alle sollen sich in den verschiedensten Lebensbereichen zeigen und
645 sicher fühlen können. Auf der Straße, am Arbeitsplatz, bei der
646 Wohnungssuche, im Krankenhaus oder beim Amt. Das ist leider nicht
647 selbstverständlich, auch in Deutschland nicht. Die Gewalt gegen Lesben,
648 Schwule und trans: Personen hat zugenommen. Von rechts wird ein
649 Kulturkampf um die vermeintlich „richtige“ Familienform geführt. Die
650 Linke setzt dem den Schutz aller Menschen und aller Familien entgegen.

651

652 Die Linke Schwalm-Eder fordert, dass CSDs finanziell bezuschusst
653 werden und dass öffentliche Räume und Flächen für deren Planung und
654 Durchführung unbürokratisch bereitgestellt werden, sowie dass die
655 Kommunen sie aktiv bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

656

657

658 Wir müssen feststellen, dass im Schwalm-Eder-Kreis Anlaufstellen für
659 queere Menschen fehlen. Vor allem auf dem Land sind solche
660 Begegnungs- und Schutzräume gerade für junge Menschen besonders
661 wichtig. Bislang gibt es nur einen aktiven queeren Jugendtreff im Kreis in
662 Schwalmstadt. Wir wünschen uns viele weitere, z.B. in Fritzlar.
663 Daher fordern wir, dass der Kreis sich für die Schaffung und den Erhalt
664 solcher Anlaufstellen einsetzt und die Städte und Gemeinden hierbei
665 tatkräftig unterstützt.

666 Gesundheit ist keine 667 Ware

668 **Für eine solidarische und wohnortnahe Gesundheitsversorgung**

669 Die Linke ist die einzige Partei, die konsequent für eine gerechte
670 Finanzierung des Gesundheitswesens kämpft. Wir wollen die
671 Profitorientierung abschaffen, Krankenhäuser gehören in öffentliche
672 Hand! Statt großer Gewinne für Krankenhaus- und Pflegekonzerne
673 wollen wir eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung des
674 Gesundheitswesens. Nur so schaffen wir die Voraussetzungen, die nötig
675 sind, damit alle Menschen im Bereich Gesundheit und Pflege
676 bestmöglich versorgt sind: Patient:innen, Beschäftigte sowie Menschen
677 mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen.

678

679

680 Auch der Schwalm-Eder-Kreis steht vor großen Herausforderungen im
681 Bereich der Gesundheitsversorgung: Hausärztliche Versorgungslücken,
682 Klinikschließungen, Pflegekräftemangel und lange Wege zur nächsten
683 Facharztpraxis belasten die Menschen. Die Linke setzt sich dafür ein,
684 dass Gesundheit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge gestärkt wird
685 – solidarisch, bedarfsgerecht und wohnortnah.

686 **Medizinische Versorgung sicherstellen – Hausärzt:innen,**
687 **Fachärzt:innen, Kliniken und Apotheken vor Ort erhalten**

688 Im Schwalm-Eder-Kreis mussten wir bereits schmerzhaft miterleben,
689 was die Privatisierung des Gesundheitssystems für Folgen hat. 2006
690 wurden die Kreiskrankenhäuser mit den Stimmen von SPD, FDP, FWG
691 und Teilen der Grünen an den Krankenhauskonzern Asklepios verkauft.
692 Was damals im Kreistag als Verbesserung der Gesundheitsversorgung
693 hochgelobt wurde, hat sich in das genaue Gegenteil verkehrt: Nach der
694 Klinik in Homberg (Efze) wurde zuletzt die Klinik in Melsungen
695 geschlossen.

696

697 In Melsungen hat Asklepios sich als unfähig bzw. unwillig erwiesen, eine
698 bedarfsgerechte klinische Grundversorgung zu gewährleisten. Die
699 technische Ausstattung in nicht-profitablen Teilbereichen wurde grob
700 vernachlässigt. Die Arbeitsbedingungen für das Personal haben sich
701 stetig verschlechtert. Wegen der unerträglichen Zustände wanderten
702 viele Mitarbeiter:innen ab. Aus den ehemals drei kreiseigenen
703 Klinikstandorten ist mittlerweile eine verbliebene privat betriebene Klinik
704 geworden. Seitdem sind die Kliniken in Fritzlar und Ziegenhain in der
705 Notfallversorgung oft überlastet und Patient:innen müssen oft bis nach
706 Kassel gebracht werden.

707 Wir brauchen eine Gesundheitsversorgung, die sich an den Bedürfnissen
708 der Bevölkerung orientiert und nicht am Gewinnstreben der
709 Krankenhauskonzerne. Die Zusammenfassung verschiedener
710 Finanzierungsquellen (Schwalm-Eder-Kreis, Stadt Melsungen, Land
711 Hessen, private Sponsoren...) hätte für einen Neubau der Klinik in
712 Melsungen durch den Kreis ausgereicht.

713

714 Durch die Klinikreform der Bundesregierung drohen weitere
715 Klinikschließungen. Schon jetzt zeigt sich, dass die „Leistungsgruppen“
716 der aktuellen Krankenhausreform nicht von allen betroffenen
717 Krankenhäusern erfüllt werden können. Damit droht der Entzug von
718 Geldern und letztendlich die Schließung von medizinischen
719 Fachbereichen. Die Linke Schwalm-Eder hat sich von Anfang an für den
720 Erhalt der Kliniken im Kreis eingesetzt und wird weiter kämpfen.

721

722 Auch in der ambulanten Versorgung tun sich immer größere Lücken auf.
723 Wir beobachten, dass Arztpraxen schließen. So ist es im Schwalm-Eder-
724 Kreis z.B. ausgesprochen schwierig eine(n) Kinderärzt:in zu finden oder
725 einen Termin in einer psychiatrischen fachärztlichen Praxis zu
726 bekommen. Das bedeutet lange Fahrtzeiten und/oder eine
727 Unterversorgungssituation, die dazu führt, dass auf Termine lang
728 gewartet werden muss.

729

730 Hier fordert die Linke die Einrichtung kommunaler medizinischer
731 Versorgungszentren, eine aktive Ansiedlungspolitik für junge Ärzt:innen
732 sowie die Förderung mobiler Praxen.

733

734 Ein wichtiger Teil der Gesundheitsversorgung vor Ort sind auch die
735 Apotheken. Hier müssen wir feststellen, dass sich die
736 Arzneimittelversorgung für die ländliche Bevölkerung immer mehr
737 verschlechtert. So verfügen bereits zwei Kommunen im Schwalm-Eder-
738 Kreis über keine Apotheke mehr. Der Vorschlag des
739 Bundesgesundheitsministeriums, die Versorgung der ländlichen
740 Bevölkerung durch sogenannte „Light“-Apotheken „sicherzustellen“ wird
741 diese Situation noch weiter verschärfen. „Light“-Apotheken werden ohne
742 die Anwesenheit eines Apothekers, ohne die Herstellung von
743 Arzneimitteln und ohne Notdienst betrieben, so die Vorstellung des
744 Bundesgesundheitsministeriums. Das ist unverantwortlich. Daher wird
745 sich die Linke in Zukunft, wie auch schon in der Vergangenheit, für eine
746 vollversorgende Apotheke vor Ort einsetzen.

747 **Keine Militarisierung der Gesundheitsversorgung**

748 Die Linke lehnt das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz ab. Die
749 darin enthaltene Katastrophenmedizin stellt die militärische Logik vor die
750 medizinische Ethik. Somit besteht die Gefahr, dass sich hier eine Triage
751 durchsetzt, die das Lebensrecht von Menschen in Frage stellt. (Notfälle
752 werden nach Kriterien wie „Weiterhin kriegstauglich“ oder
753 „kriegsuntauglich“ sortiert und entsprechend in der Behandlung
754 vorgezogen bzw. hinten angestellt.). Es ist eine absurde Vorstellung,
755 dass z.B. das Hospital zum Heiligen Geist in Fritzlar in ein
756 Militärkrankenhaus umgewandelt wird.

757

758

759

760 **Menschenwürdige Pflege**

761 Menschen haben ein Recht auf eine würdevolle Pflege, pflegende
762 Angehörige ein Recht auf Unterstützung und Menschen, die in der
763 Pflege arbeiten, haben ein Recht auf gute Arbeitsbedingungen.

764

765 Aus dem hessischen Pflegebericht 2023 geht hervor, dass 11,5% der
766 Menschen im Schwalm-Eder-Kreis über 74 Jahre alt sind. 36% von Ihnen
767 sind pflegebedürftig. Diese Quote liegt über dem hessischen
768 Durchschnitt. 80% der Menschen im Schwalm-Eder-Kreis, die Pflege
769 bedürfen, werden zu Hause gepflegt.

770

771 Darum fordern wir: Pflegende Angehörige müssen viel besser
772 unterstützt werden! Das Pflegeunterstützungsgeld reicht nicht aus. Auf
773 Bundesebene fordert Die Linke für alle Beschäftigten sechs Wochen
774 Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanzierten Lohnausgleich beim
775 ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls. Außerdem setzen wir uns
776 dafür ein, dass alle pflegenden Angehörigen Geldleistungen und
777 Rentenpunkte erhalten.

778

779 Die größte Entlastung sowohl für Menschen mit Pflegebedarf als auch
780 für ihre pflegenden Angehörigen sind wohnortnahe, nichtkommerzielle
781 und von einer solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte
782 professionelle Tages- und Kurzzeitpflege sowie unbürokratisch
783 zugängliche Entlastungsangebote in der Fläche.

784

785 Auch stationäre Pflegeheimplätze müssen in ausreichender Zahl zur
786 Verfügung stehen. Dabei ist setzt sich Die Linke unermüdlich für bessere
787 Arbeitsbedingungen in der Pflege ein.

788 **Gesundheitliche Prävention, Aufklärung und den Öffentlichen**

789 **Gesundheitsdienst ausbauen**

790 Die beste gesundheitliche Versorgung ist, erst gar nicht krank zu
791 werden. Daher ist es wichtig Präventionsangebote im Schwalm-Eder-
792 Kreis zu schaffen und vorhandene Angebote auszubauen. Angesetzt
793 werden kann hier bei der Ausweitung von Suchtberatungsstellen und
794 niedrigschwelligen Angeboten im Bereich psychischer Gesundheit, wie
795 z.B. den sozialpsychiatrischen Dienst oder bei Angeboten zur
796 Suchtprävention für Jugendliche und junge Erwachsene wie z.B. die
797 Beratungsstelle Sucht und Prävention des Schwalm-Eder-Kreises. Dazu
798 gehört eine bessere Ausstattung und finanzielle Unterstützung des
799 Gesundheitsamtes, insbesondere zur Bekämpfung von
800 Infektionskrankheiten und zur Gesundheitsaufklärung.

801

802 Zur Bewahrung von Gesundheit gehört auch Bewegung. Kommunale
803 Sportangebote, wie öffentlich zugängliche Sportstätten und sogenannte
804 „Trimm-Dich-Pfade“ sind neben Schwimmbädern wichtige öffentliche
805 Orte der sportlichen Betätigung und Begegnungsräume, für deren
806 Schaffung und Erhalt wir uns stark machen.

807 Wohnen bezahlbar 808 machen

809 Wohnen ist ein Menschenrecht. Wir wollen die Wohnraumversorgung
810 nicht dem Markt und damit den Profitinteressen von
811 Immobilieninvestor:innen überlassen. Die Linke Schwalm-Eder setzt sich
812 dafür ein, dass die Einwohner:innen im Kreis gemäß ihrer Bedürfnisse in
813 ihrer Wohnung oder ihrem Haus bezahlbar leben können.

814

815 Die Linke fordert, dass die Wohnbauförderungsanstalt des Schwalm-
816 Eder-Kreises finanziell so ausgestattet wird, dass sie ihren Namen auch
817 verdient. Die entsprechende Ausstattung geht gleich mehrere Probleme
818 im Kreis an. Zum einen kann die energetische Gebäudesanierung
819 hierdurch stärker gefördert werden, was dem doppelten Ziel dient, den
820 Kreis bis 2040 klimaneutral zu machen, zum Anderen können die
821 Einwohner:innen hierdurch bares Geld sparen, was wiederum der
822 regionalen Wirtschaft zufließen kann.

823

824 Weiterhin kann hierdurch der barrierefreie Umbau/Neubau von
825 Wohnungen und Häusern gefördert werden, wodurch nicht nur im
826 Bereich der Inklusion Fortschritte erreicht werden können, sondern es
827 auch älteren Mitmenschen ermöglicht wird, länger in ihren Wohnungen
828 zu bleiben, was gleichzeitig die Pflegeeinrichtungen im Kreis entlastet.

829

830 Die Kommunen wollen wir dabei unterstützen, Leerstand systematisch
831 zu erfassen, um ihn ggf. nutzen zu können. So kann beispielsweise die

832 akute Unterbringung Geflüchteter und anderer benachteiligter Gruppen
833 gewährleistet werden. Das Programm zur Wiederbelebung alter
834 Ortskerne soll fortgesetzt und intensiviert werden, wodurch Leerstand
835 verringert werden kann.

836

837 Die Linke fordert die Einführung einer Pflicht zur Anbringung von
838 Photovoltaikanlagen bei Neubauten von Kreis- und Gewerbebauten.

839

840 Die Linke fordert die Gründung einer kreiseigenen
841 Wohnbaugenossenschaft. Hierdurch wird der Kreis selbst zum Vermieter
842 und kann qualitativ hochwertigen Wohnraum zu günstigeren Preisen
843 anbieten, als es auf dem freien Mietmarkt üblich ist. Dadurch wird der
844 Schwalm-Eder-Kreis ein attraktiverer Wohnort für die Menschen, die
845 sich kein Haus leisten können. Besonders für junge Familien ist Wohnen
846 ein großer Kostenfaktor, wodurch auch sie davon profitieren können.

847

848 Um Austausch und Gemeinschaft zu fördern, wollen wir
849 gemeinschaftliche Wohnmodelle und Begegnungsräume ausbauen. Dazu
850 gehört auch ein gesundes und sicheres Wohnumfeld mit geringer
851 Feinstaubbelastung, verkehrsberuhigten Straßen und bedarfsgerechten
852 barrierefreien Spielplätzen.

853

854 Die Freizeiteinrichtungen des Kreises auf Sylt, am Königssee, in Dahme
855 und das Naturzentrum Knüll stellen für die Einwohner:innen des
856 Schwalm-Eder-Kreises eine große Bereicherung und eine
857 vergleichsweise günstige Möglichkeit zur Erholung dar. Die Linke wendet
858 sich daher gegen alle Versuche, diese Einrichtungen abzuschaffen oder

859 deren Nutzung unangemessen zu verteuern. Diese qualitativ
860 hochwertigen und preisgünstigen Angebote müssen weiterhin bestehen
861 bleiben.
862

863 Klimaschutz - sozial 864 gerecht

865 Wir spüren schon jetzt die dramatische Veränderung des Klimas.
866 Starkregen, Waldbrände, Wassermangel, Dürren und Hitzesommer
867 werden Normalität. Die Art und Weise, wie wir wirtschaften und leben,
868 muss sich ändern. Die Bedürfnisse der Menschen und unser Überleben
869 auf dem Planeten müssen an erster Stelle stehen. Obwohl die Grenzen
870 des fossilen Kapitalismus erreicht sind, halten die Konzerne an ihrer
871 Wirtschaftsweise fest, um ihr Geschäftsmodell und ihre Profite zu
872 schützen. Einige wenige Großvermögende werden dadurch immer
873 reicher, indem sie andere für sich arbeiten lassen und das Klima
874 anheizen.

875
876 Das Ziel der Energiewendecharta Nordhessen bis 2050 „weitestgehend“
877 klimaneutral werden zu wollen, reicht bei Weitem nicht aus. Die
878 Klimaneutralität des Schwalm-Eder-Kreises muss bis spätestens 2040
879 erreicht werden. Als Menschenrecht muss der Klimaschutz zur
880 Pflichtaufgabe der Kommunen werden. Dafür braucht es verbindliche
881 Handlungsziele für die CO₂-Reduktion.

882 Aktionspläne zur Klimafolgenanpassung und zum Umgang mit
883 Hitzewellen müssen erstellt werden.

884

885 Wir setzen auf dezentrale Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen
886 wie Solarenergie und Windkraft in der Hand von Bürger:innen, damit
887 diese auch von den Einnahmen profitieren. Dies soll durch kommunale
888 Beteiligungen oder Genossenschaften, wie z.B. der Bürger Energie
889 Genossenschaft in Wolfhagen, sichergestellt werden. Die energetischen
890 Potenziale solartauglicher Dachflächen müssen stärker genutzt werden.
891 Hier müssen insbesondere auch die Bauträger privatwirtschaftlicher
892 Bauvorhaben in die Pflicht genommen werden.

893

894 Wir fordern die Einrichtung lokaler Klimafonds in den Kommunen, um
895 finanzielle Mittel für die Umsetzung von Klimaprojekten vor Ort zu
896 erschließen und bereitzustellen.

897

898 Öffentliche Grünflächen müssen insektenfreundlich bewirtschaftet
899 werden, um dem seit Jahrzehnten anhaltenden Bestandsrückgang
900 entgegen zu wirken und das Gleichgewicht der Ökosysteme zu erhalten.
901 Gärten und Parkanlagen wollen wir zu Oasen der Biodiversität und
902 Artenvielfalt werden lassen. Den Rückbau bestehender Schottergärten
903 wollen wir fördern. Wir unterstützen die Anlage von Wild- und
904 Insektenschutzstreifen, Kleingärten und Fledermausquartieren.
905 Gründächer können zusätzlichen Lebensraum für Vögel und Insekten
906 schaffen. Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün sollen so
907 gestaltet werden, dass sie als Reproduktionsstätten für Biodiversität
908 dienen können.

909 Lichtverschmutzung wollen wir reduzieren. Dazu müssen vorhandene
910 Beleuchtungseinrichtungen auf Umfang, Intensität und technische
911 Anpassungsmöglichkeiten geprüft und Lichtschutzgebiete in besonders
912 sensiblen Bereichen, wie z.B. dem Naturpark Knüll, geschaffen werden.

913

914 Wir setzen uns für Baumschutzsatzungen sowie Baumkataster in allen
915 Kommunen ein. Bei der Neupflanzung von Bäumen werden heimische
916 Sorten bevorzugt, sofern sie auch an die veränderten Bedingungen der
917 Klimaerwärmung angepasst sind. Wir befürworten eine naturnahe
918 Waldbewirtschaftung in Form von standortangepassten und
919 klimastabilen Mischwäldern, bei der der Erhalt ökologischer Leistungen
920 Vorrang vor der wirtschaftlichen Nutzung hat. Wir wollen ein
921 Holzrecycling mit einer Nutzungskaskade, in der die Verbrennung zur
922 Energiegewinnung erst am Ende steht.

923

924 Den Anteil von Waldflächen ohne Nutzung wollen wir erhöhen. So muss
925 z.B. der Hohe Keller bei Jesberg als Naturschutzgebiet ausgewiesen
926 werden, um den Artenschutz zu gewährleisten und einen Beitrag zum
927 Klimaschutz zu leisten. Den Wandertourismus wollen wir u.a. mittels
928 attraktiver und gut ausgeschilderter Wanderwege ausbauen.

929

930 Das Wassermanagement muss digitalisiert und vor allem mit Fokus auf
931 die Nutzung von Trinkwasser betrieben werden. Zum Schutz des
932 Wassers müssen Nitratreinträge sinken und die Regenwassernutzung
933 intensiviert werden. Die zweckentfremdete Nutzung von Trinkwasser
934 wollen wir beenden, Neubaugebiete mit Brauchwassernetzen planen.

935 Kläranlagen wollen wir nach dem Stand der Technik und nach
936 Möglichkeit mit einer vierten Klärstufe betreiben.

937

938 Der Wasserverband Fritzlar-Homberg sowie der Wasserverband
939 Schwalm leisten für die Einwohner:innen des Schwalm-Eder-Kreises und
940 darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zu ihrer Lebensqualität. Um
941 diese zu verbessern, zu erhalten und um die Gemeinden auf die
942 Auswirkungen des Klimawandels vorzubereiten, soll der Kreis
943 (Wasserverband Schwalm, gemeinsam mit dem Vogelsbergkreis) mit den
944 entsprechenden Wasserbehörden zusammen arbeiten, um offene
945 Gewässer zu entlasten und zu renaturieren, ohne dass die Versorgung
946 der Menschen leidet. Davon betroffen sind auch Abwasserentsorgung
947 und Klärwerke.

948

949 Die Inanspruchnahme neuer Flächen wollen wir durch ein nachhaltiges
950 Flächenmanagement bis 2030 auf Netto-Null reduzieren. Wir fordern
951 einen sofortigen Versiegelungsstopp von ertragreichen Böden, die eine
952 hohe Klimaschutzfunktion haben. Die Ansiedlung von Logistikbetrieben
953 auf guten Ackerböden, wie in Neuental, lehnen wir daher ab. Tausende
954 Quadratmeter versiegelter Fläche durch Parkplatz-Asphaltwüsten oder
955 z.B. den geplanten Autohof in Treysa darf nicht mit dem Pflanzen
956 weniger Alibibäume abgetan werden. Solche bereits versiegelten
957 Flächen sollen rückwirkend eine PV-Überdachung erhalten.

958

959 Gute und sehr gute Ackerböden, die von Versiegelung bedroht sind,
960 sollen von der Hessischen Landgesellschaft (HLG) in einen öffentlichen
961 Bodenfond überführt werden. Diese Flächen sollen zu niedrigem

962 Pachtzins an ortsansässige Agrarbetriebe vergeben werden, die sich auf
963 eine umweltschonende und die ökologischen Leistungen der Böden
964 erhaltende Landwirtschaft verpflichten.

965

966 **Müllvermeidung und -entsorgung**

967 Müllvermeidung und Kreislaufwirtschaft sind entscheidende
968 Zukunftsthemen für die kommunale Verwaltung um die Bürger:innen bei
969 der Abfallvermeidung mitzunehmen, steht den Kommunen eine große
970 Bandbreite an politischen Instrumenten zur Verfügung. Denkbar wären
971 ökonomische Anreize wie z.B. gewichtsbezogenen Abfallgebühren,
972 Schulungen oder Angebote wie Repair-Cafés oder Unverpacktläden, die
973 zudem durch Räumlichkeiten, Leihmaterialien oder Finanzierungsmittel
974 unterstützt werden können. Zudem sollten Mehrwegsysteme in den
975 Kommunen verpflichtend eingeführt werden.

976

977 Kommunen sind dazu verpflichtet, bei der öffentlichen Beschaffung und
978 Bauvorhaben auf eine rohstoffschonende, energie- und wassersparsame
979 sowie schadstoff- und abfallarme Herstellung, Langlebigkeit,
980 Reparaturfreundlichkeit, Wiederverwendbarkeit und
981 Wiederverwertbarkeit zu achten. Dennoch werden in diesen Bereichen
982 bislang vergleichsweise wenige Maßnahmen umgesetzt. Die bereits
983 vorhandenen Leitfäden zur nachhaltigen Beschaffung und zum
984 nachhaltigen Bauen sollten konsequent auch das Thema
985 Abfallvermeidung aufgreifen. Langfristig sollte untersucht werden, ob für
986 die Bürger:innen des Schwalm-Eder-Kreises eine kommunale
987 Abfallentsorgung nicht preiswerter und zuverlässiger ist.

988

989 **Abrüstung ist Klimaschutz**

990 Die Bundeswehr verursachte nach Regierungsangaben im Jahr 2018
991 Emissionen in Höhe von 1,7 Millionen Tonnen CO2. Täglich -und in letzter
992 Zeit auch nachts-starten Tiger Hubschrauber aus Fritzlar zu ihren
993 donnernd lauten Übungsflügen, stören unsere Nachtruhe und erzeugen
994 pro Stunde ca. 8 Tonnen CO2 (Ein normaler Mensch produziert ca. 11
995 Tonnen CO2 pro Jahr).

996

997 294.000 Hektar werden in Deutschland von der Bundeswehr als
998 Übungsplätze genutzt – eine Fläche größer als das Saarland. Über die
999 Belastung dieser Gebiete und Folgeschäden gibt es bislang keine
1000 umfangreichen Erhebungen.

1001 Im Krieg zählt nur der Sieg. Jeder mögliche taktische Vorteil wird einer
1002 zynischen Kosten-Nutzen-Rechnung unterworfen, bei der Ökologie
1003 quasi keine Rolle spielt. Aber auch im Frieden verfügt die Bundeswehr
1004 über Zerstörungsmittel, die heute schon entwickelt, produziert, getestet,
1005 gelagert, gewartet und transportiert werden.

1006

1007 Eine enorme und völlig sinnfreie Belastung für unsere Umwelt.
1008 Umfangreiche Abrüstung würde einen großen Beitrag für den
1009 Umweltschutz leisten, und das nicht erst im Kriegsfall.

1010 **Tierschutz**

1011 Zirkusgastspiele mit Tieren wollen wir nicht mehr genehmigen. Die
1012 Kontrollen durch das Veterinäramt müssen ausgebaut werden. Die
1013 Hundesteuer wollen wir sozial staffeln. Tierheime müssen eine
1014 Übernahme ihrer realen Kosten erhalten. Wildtierkorridore und

1015 Wildwechselbrücken wollen wir ausbauen. Vogelschlag muss mit
1016 geeigneten Maßnahmen reduziert werden.

1017

1018 Die von SPD und CDU forcierte Ansiedlung des Geflügelschlachtbetriebs
1019 Plukon in Gudensberg verursacht weiterhin gewaltiges Tierleid,
1020 Umweltschäden, Keimbelastungen und ausbeuterische
1021 Arbeitsbedingungen. Wir lehnen Ansiedlungen und
1022 Erweiterungsgenehmigungen von großen Mastanlagen und
1023 Schlachtfabriken ab.

1024

1025 Den privaten Gebrauch von Pyrotechnik zu Silvester wollen wir
1026 einschränken. Feuerwerke sollen von den Kommunen veranstaltet
1027 werden, um fachgerechte Handhabung zu gewährleisten und Unfälle
1028 sowie Tierleid zu reduzieren.

1029 **Mobilitätswende: Bus** 1030 **und Bahn ausbauen**

1031 Wir wollen im Schwalm-Eder-Kreis einen ÖPNV schaffen, der alle
1032 Menschen verbindet, umweltfreundlich ist und sozial gerecht gestaltet
1033 wird. Unser Ziel ist es, den öffentlichen Nahverkehr so auszubauen, dass
1034 er für alle Bürger:innen eine echte Alternative zum Auto darstellt.

1035 Wir setzen uns für einen flächendeckenden, zuverlässigen und gut
1036 getakteten öffentlichen Nahverkehr ein. Das bedeutet, mehr
1037 Verbindungen, kürzere Taktzeiten und eine bessere Erreichbarkeit
1038 gerade in unseren ländlichen Gebieten.

1039 Wir setzen uns für die Reaktivierung der sogenannten „Kanonenbahn“
1040 zwischen Homberg (Efze) und Schwalmstadt-Treysa mit Halten in
1041 Sondheim, Wernswig, Frielendorf-Silbersee, Frielendorf, Leimfeld,
1042 Rörshain und Ziegenhain ein. Dazu gehört auch die Elektrifizierung mit
1043 Durchbindung nach Frankfurt. Dafür muss als nächster Schritt eine
1044 Kostenschätzung vorgenommen werden.

1045

1046 Der ÖPNV soll für alle bezahlbar sein. Wir fordern für den Anfang
1047 günstige, sozial gestaffelte Ticketpreise, um Mobilität für Menschen mit
1048 geringem Einkommen, Rentner:innen sowie Jugendliche zu sichern.
1049 Dabei soll es sowohl für Gelegenheitsfahrgäste als auch für Vielnutzer
1050 attraktive Preisangebote geben. Langfristig muss der ÖPNV kostenlos
1051 werden.

1052

1053 Der öffentliche Nahverkehr muss auch für alle zugänglich sein. Wir
1054 wollen barrierefreie Haltestellen, Fahrzeuge und Informationen, damit
1055 Menschen mit Behinderungen oder Mobilitätseinschränkungen
1056 problemlos teilnehmen können. Das bedeutet bei Bus- und
1057 Bahnstationen u.a. barrierefreie Einstiegshöhen. Auch Fußwege müssen
1058 ausreichend breit und barrierefrei sein.

1059

1060 Der Ausbau des ÖPNV soll umweltfreundlich erfolgen. Wir setzen auf
1061 den Einsatz von emissionsfreien Fahrzeugen wie Elektrobussen.

1062

1063 Der Schwalm-Eder-Kreis ist durch seine zentrale Lage und
1064 landschaftliche Vielfalt ein attraktives Ziel für Radreisende – ob auf
1065 hessischen Radfernwegen, dem Schwalm-Radweg oder dem

1066 Bahnradweg Rotkäppchenland. Dieses Radwegenetz wollen wir
1067 alltagstauglich auch zwischen einzelnen Dörfern ausbauen. Dazu
1068 begrüßen wir den geplanten Radweg zwischen Felsberg und Melsungen
1069 sowie zwischen Körle und Guxhagen und wollen daran mitwirken, dass
1070 neue und bestehende Radwege baulich von Straßen getrennt werden.
1071 Ein baulich getrennter Radweg zwischen abgeschiedenen Dörfern
1072 fördert nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern auch die Mobilität,
1073 Selbstbestimmtheit und Gesundheit aller Bürger:innen ob zu Fuß, mit
1074 dem Kinderwagen oder dem Fahrrad.

1075

1076 Im Straßenverkehr setzen wir uns für Geschwindigkeitsbegrenzungen,
1077 insbesondere in Wohngebieten und an sensiblen Einrichtungen wie
1078 Altenheimen und Kitas, ein. Neue Straßenbauprojekte sowie
1079 Straßenausbaubeiträge lehnen wir ab. Den Ausbau öffentlicher
1080 Schnellladestationen für Elektroautos wollen wir fördern.
1081 Wir befürworten eine Zusammenarbeit mit den Initiativen vor Ort, um
1082 Lärmschutzmaßnahmen an der A49, z.B. in Grifte, Holzhausen und
1083 Gensungen, umzusetzen.

1084

1085 Unser Ziel ist ein Schwalm-Eder-Kreis, in dem der öffentliche
1086 Nahverkehr eine echte Alternative zum Auto ist. Wir wollen, dass alle
1087 Menschen unabhängig von Alter, Einkommen oder Wohnort mobil sind
1088 und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

1089 Agrarwende

1090 Die Preise für Nahrungsmittel explodieren. Viele Menschen wollen sich
1091 gesund und mit gutem Gewissen ernähren, können es sich aber nicht
1092 leisten. Die Linke kämpft für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft,
1093 die nicht große Konzerne in den Mittelpunkt stellt, sondern die
1094 Versorgung der Menschen mit guten Lebensmitteln. Landwirtschaft, die
1095 das Klima und die Natur schont und mit dem Tierschutz vereinbar ist.
1096 Und dafür, dass die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, davon
1097 gut leben können und faire Arbeitsbedingungen haben.

1098

1099 Wir wollen nicht große Konzerne weiter in den Mittelpunkt der
1100 Agrarpolitik stellen, sondern die Versorgung der Menschen mit guten,
1101 bezahlbaren Lebensmitteln. Während die Lebensmittelkonzerne
1102 Extraprofite einstreichen und die Inflation anheizen, können
1103 Landwirt:innen von ihren Erzeugnissen kaum leben.

1104

1105 Massentierhaltung, übermäßiger CO₂-Ausstoß, ressourcenintensive
1106 Veredelungsverluste und systematische Tierquälerei sind untrennbar mit
1107 einer tierzentrierten Landwirtschaft verbunden. Die Linke steht für einen
1108 grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen und Tieren.
1109 Wir wollen Tiere nicht als „Sache“ verstanden wissen und nicht als Mittel
1110 zu Profit. Für eine klimagerechte Lebensmittelproduktion unterstützen
1111 wir Bauern beim Umbau ihrer Haltungs- und Zuchtmethoden. Ein
1112 Ausstiegsprogramm aus der Tierhaltung soll Landwirt:innen machbare,
1113 gute Alternativen anbieten.

1114

1115 Biogasanlagen bieten eine sinnvolle Möglichkeit, aus
1116 landwirtschaftlichen Reststoffen Strom und Wärme zu gewinnen. In der
1117 Praxis wird jedoch häufig eigens dafür der Anbau von Energiepflanzen
1118 wie Mais betrieben – ein problematischer Trend, insbesondere
1119 angesichts steigender Lebensmittelpreise. Die Nutzung wertvoller
1120 Ackerflächen für Energie und Tierfutter statt pflanzlicher Nahrungsmittel
1121 stellt eine ineffiziente Ressourcenverwendung dar. Daher sollte bei der
1122 Verpachtung kommunaler Flächen der Anbau von hochwertigen
1123 Nahrungspflanzen für den Menschen grundsätzlich Vorrang vor
1124 Energiepflanzen oder Futtermittelpflanzen erhalten.

1125 Wir wollen deshalb den Übergang zu nachhaltigen Anbaumethoden
1126 unterstützen. Darunter fällt die Förderung der Ansiedlung von Bio-
1127 Betrieben und der Ausbau ökologischer Landwirtschaft, um die Umwelt
1128 zu schützen und die Artenvielfalt zu bewahren. Bei der Vergabe
1129 landwirtschaftlicher Flächen und dem Abschluss von Pachtverträgen
1130 sollen kleinere lokale Landwirt:innen gegenüber überregionalen
1131 Agrarunternehmen bevorzugt werden. Darüber hinaus soll die
1132 beabsichtigte Bewirtschaftungsart der Fläche erfasst werden, um
1133 gezielt ökologische und möglichst pflanzenbasierte Landwirtschaft zu
1134 fördern.

1135
1136 Die Versiegelung guter und sehr guter Ackerböden durch neue
1137 Bauprojekte lehnen wir ab. Ackerland gehört in Bauernhand.

1138
1139 Um die Artenvielfalt zu erhalten, fordern wir die Einrichtung von Wild-
1140 und Insektenschutzstreifen entlang landwirtschaftlicher Flächen. Diese
1141 Streifen bieten Lebensraum für Insekten, Vögel und andere Wildtiere und

1142 sind essenziell für den Erhalt unserer Biodiversität.

1144 Wir setzen uns für den Ausbau regionaler Vermarktungsketten ein. Kurze
1145 Wege zwischen Erzeuger:innen und Verbraucher:innen müssen
1146 gefördert werden, um die lokale Wirtschaft zu stärken und die Frische
1147 sowie Qualität der Produkte zu sichern. Wir unterstützen den Ausbau
1148 von Projekten der solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi).

1149 Gerechte

1150 Bildungschancen - für

1151 alle Menschen

1152 Bildung ist der Schlüssel für eine gerechte Gesellschaft. Wir setzen uns
1153 dafür ein, dass alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen gleiche
1154 Chancen auf eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Bildung
1155 haben – unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder finanziellen
1156 Mitteln. Wir setzen uns für kostenfreies Schüler:innenticket, unabhängig
1157 vom Wohnort und der Entfernung zur Schule ein. Gebühren für Kitas
1158 wollen wir abschaffen, das Angebot für Ganztagesbetreuung aller
1159 Altersstufen soll ausgebaut werden.

1160

1161 Frühe Förderung ist die Basis für lebenslanges Lernen. Wir wollen
1162 Kitaplätze in ausreichender Zahl, um dem gesetzlichen Anspruch auf
1163 einen Kitaplatz gerecht zu werden in gut ausgestatteten Einrichtungen
1164 und mit qualifiziertem, gut entlohntem und nach Tarif bezahltem

1165 Personal, um die Entwicklung unserer Kinder bestmöglich zu
1166 unterstützen.

1167

1168 Schulen sollten mit moderner Technik und vollständig kostenfreien
1169 Lernmaterialien ausgestattet sein. Musikschulen wollen wir erhalten und
1170 fördern. Das Essen in allen Bildungseinrichtungen muss ausgewogen,
1171 ökologisch nachhaltig und kostenfrei sein und sollte von regionalen
1172 Anbietern kommen. Zusätzlich muss jedem Kind auf Wunsch eine
1173 vollwertige vegane Ernährung zur Verfügung stehen. Der „Pakt für den
1174 Ganzttag“ muss auskömmlich finanziert werden.

1175

1176 Jede/r Schüler:in soll individuell gefördert werden. Wir wollen inklusive
1177 Schulen, die Vielfalt anerkennen und Barrieren abbauen. d. h. auch
1178 bauliche Hindernisse müssen beseitigt werden.

1179

1180 Schüler:innen, Eltern und Lehrkräfte müssen bei Entscheidungen im
1181 Bildungsbereich stärker beteiligt werden, z.B. beim Erstellen des
1182 Schulentwicklungsplans. Ihre Stimmen sind uns wichtig.

1183 Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene müssen ausgebaut
1184 werden. Bildung endet nicht mit der Schulzeit und muss bezahlbar sein.
1185 D. h. eine auskömmliche Finanzierung der Volkshochschulen ist
1186 unerlässlich.

1187 Digitalisierung, die den 1188 Menschen dient

1189 Der Schwalm-Eder-Kreis ist der zweitgrößte Landkreis in Hessen und
1190 hat gleichzeitig die zweitgeringste Bevölkerungsdichte. Durch diese
1191 Feststellung zeigt sich das Digitalisierungspotential für die
1192 Einwohner:innen des Schwalm-Eder-Kreises.

1193

1194 Die Kommunen des Kreises sollten sich die Stadt Baunatal zum Vorbild
1195 nehmen und kostenfreie W-LAN Hotspots installieren. Hierbei soll der
1196 Kreis unterstützend wirken, beispielsweise durch den gebündelten Kauf
1197 der Hardware.

1198

1199 Die digitalen Behördengänge bieten bei den großen Entfernungen im
1200 Schwalm-Eder-Kreis neben ökologischen Vorteilen eine echte
1201 Entlastung der Einwohner:innen. Dafür ist es notwendig, dass der
1202 Ausbau auch tatsächlich flächendeckend erfolgt. Die App des Kreises
1203 muss benutzerfreundlicher und barrierefrei gestaltet und
1204 weiterentwickelt werden.

1205

1206 Beim Breitbandausbau muss sich der Kreis einschalten und
1207 Unterstützung in rechtlichen Belangen leisten, wenn sich Probleme
1208 anbahnen, um etwaige Vorfälle wie mit dem Unternehmen Goetel, bei
1209 dem die Einwohner:innen der verschiedensten Gemeinden beeinträchtigt
1210 wurden und werden.

1211

1212 Eine friedliche Welt ist 1213 möglich

1214 Frieden beginnt vor Ort. Und: Nicht erst Krieg gefährdet unsere Städte
1215 und Kommunen, sondern bereits die ungeheure Aufrüstung. Die Militär-
1216 und Rüstungsausgaben sollen im Bundeshaushalt auf 5% des
1217 Bruttoinlandsprodukts steigen; das ist fast jeder zweite Euro des
1218 Bundeshaushalts.

1219
1220 Mit dem Anschaffungspreis für einen „Tiger“ Kampfhubschrauber des
1221 Fritzlarer Regiments könnten die gesamten kommunalen Personalkosten
1222 des Schwalm-Eder-Kreises für mehr als ein Jahr gedeckt werden¹. Das in
1223 Aufrüstung verpulverte Geld fehlt vor Ort etwa bei Investitionen in
1224 Bildung, Arbeit und Infrastruktur. Statt für Rüstung und Krieg werden die
1225 Mittel für den Nahverkehr, für Sozialleistungen und für den
1226 sozialökologischen Umbau der Wirtschaft dringend benötigt. Das kann
1227 nicht auf kommunaler Ebene entschieden werden, aber dennoch gibt es
1228 vor Ort Maßnahmen, um für Frieden zu werben.

1229
1230 Als antimilitaristische Partei setzen wir auf Aufklärung,
1231 Völkerverständigung und Menschlichkeit. Wir wollen, dass unsere
1232 Kommunen dem Verband "Bürgermeister für Frieden" beitreten und
1233 internationale Städte- und Projektpartnerschaften pflegen. Dies betrifft
1234 auch kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und
1235 Regionen, die von Kriegen und Klimafolgen betroffen sind.

1236 Die Traditionen der Arbeiter:innenbewegung, sowie humanistische und
1237 antifaschistische Traditionen wie z.B. der Tag der Befreiung wollen wir
1238 pflegen. Straßen, die an Militaristen oder Kolonialismus erinnern, müssen
1239 umbenannt werden.

1240

1241 Betrieben, die Rüstungsgüter herstellen oder Zulieferer für
1242 Rüstungsbetriebe sind, wollen wir keine Gewerbeflächen bereitstellen.

1243 Wir wollen keine Flächen und Standplätze für die Werbung der
1244 Bundeswehr in Städten und Gemeinden und keinen Zugang der
1245 Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen zu Werbe- und
1246 Marketingzwecken.

1247 Friedensbewegte Demonstrationen wie vom „Bündnis friedlicher
1248 Hessentag“ beim Hessentag in Fritzlar werden von uns unterstützt.

1249 Organisationen, die sich gegen Krieg, Genozid und Vertreibung
1250 einsetzen, werden wir gegen den militaristischen Diskurs und die
1251 Angriffe durch andere Parteien auch weiterhin in Schutz nehmen.

¹Kosten „Tiger“: 67 Millionen Euro (2022). Ansatz Personalaufwendungen Schwalm-Eder-Kreis 2025: 64,85 Millionen Euro